

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettwagerei No. 4) und ausdrücklich bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.



Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr.  
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Reitmeier, in Leipzig: Eugen  
Furt, H. Engler in Hamburg, Haasestein & Vogler, in Frank-  
furt a. M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchdruck.

# Danziger Zeitung.

## Amtliche Nachrichten.

Seine Majestät der König haben Allerhöchst geruht: Dem Archiv-Rath Dr. Wilmans zu Münster den Character als Geheimer Archiv-Rath zu verleihen; den Kreisgerichts-Director Albrecht zu Belgard als Director an das Kreisgericht in Berlin zu versetzen; den Kreisgerichts-Rath Reich in Stettin zum Rath bei dem Appellationsgerichte in Magdeburg; so wie die Staatsanwalts-Gehilfen Marco und Spinola aus Berlin zu Staatsanwalten zu ernennen.

Bei der am 21. d. M. fortgesetztenziehung der 4. Klasse 136. Königl. Klassen-Lotterie fiel 1 Hauptgewinn von 15,000 R. auf Nr. 69,782. 1 Hauptgewinn von 10,000 R. auf Nr. 38,559. 3 Gewinne zu 2000 R. fielen auf Nr. 12,783 14,487 und 32,191.

42 Gewinne zu 1000 R. auf Nr. 4782 6961 6994 8044 8811 12,347 17,134 18,303 21,859 22,821 24,663 29,203 33,049 34,035 36,365 38,202 40,164 40,847 41,506 44,924 45,932 52,726 53,234 55,957 60,776 63,030 63,648 64,542 65,481 65,623 65,692 65,732 66,809 68,207 69,366 71,477 71,861 72,858 75,089 83,451 83,932 u. 90,554. ■

45 Gewinne zu 500 R. auf Nr. 1683 3461 3827 9929 14,238 15,807 19,549 19,670 22,746 23,966 28,295 28,885 29,202 29,737 31,401 33,155 33,631 39,860 42,216 45,410 50,459 55,418 57,394 57,490 57,721 59,278 59,374 60,183 62,441 62,498 67,512 67,704 70,950 71,667 72,124 72,933 74,458 80,083 81,334 86,434 86,835 88,910 90,979 91,429 und 93,868.

73 Gewinne zu 200 R. auf Nr. 827 6120 9721 9865 10,965 11,804 11,813 13,773 14,874 15,412 17,299 21,557 21,989 22,063 28,461 31,505 32,927 33,761 33,977 34,907 35,420 36,086 37,266 39,226 39,787 41,258 42,279 42,397 44,512 45,587 47,268 47,944 49,986 53,472 55,731 55,907 56,000 57,185 59,156 59,649 59,745 60,081 60,179 60,291 61,053 62,394 62,727 64,534 65,467 66,665 67,611 67,679 69,378 72,320 75,412 76,078 77,065 77,757 78,284 78,682 78,952 80,674 83,725 87,267 87,364 87,532 87,666 88,983 89,058 91,192 93,096 94,758 und 94,785.

## Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen den 22. Oct., 11 Uhr Vormittags.

Toulon, 21. Octbr., Nachm. 4 Uhr. Die Brigade-Polizei wird so eben wieder ausgezässt, die Truppenzüge sind gestoppt und die Schiffsrüstungen suspendirt.

Florenz, 21. Octbr. Cialdini hat die Bildung des Cabinets noch nicht vollendet. — Rattazzi erklärte gegenüber einer Volksdemonstration, daß die Regierung die Nationalahre währen werde.

Paris, 21. Octbr. Die Abendblätter bestätigen die günstige Wendung der italienischen Angelegenheiten.

Angelommen den 22. Oct., 11  $\frac{1}{2}$  Uhr Vormittags.

Baden, 21. Oct. Dem Bericht nach wird der König von Preußen morgen früh auf der Station Dos (bei Baden-Baden) den nach Paris durchreisenden Kaiser von Österreich begrüßen.

Angelommen 8  $\frac{1}{2}$  Uhr Morgens.

Florenz, 22. Oct. Es bestätigt sich, daß Marschall Cialdini mit der Bildung eines neuen Cabinets beauftragt ist.

(W.L.B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung. Paris, 21. Oct., Abds. Wie in diplomatischen Kreisen versichert wird, hat König Victor Emanuel die Neubildung des Cabinets durch General Cialdini angenommen, und Frankreich der italienischen Regierung eine ferner Freist für die Zusammensetzung des neuen Ministeriums bewilligt. In Folge dessen ist die Abfahrt der französischen Truppen aus Toulon aufgeschoben worden.

Paris, 21. Oct. "Patrie" schreibt: Um 2 Uhr Mittags war die Lage noch nicht geklärt, das entscheidende Wort noch nicht gesprochen. Seit gestern hat die Situation von Stunde zu Stunde gewechselt, ohne jedoch an den Entwicklungen der Regierung etwas zu ändern. Die Vorbereitungen für die Expedition haben die ganze Nacht über gedauert und die Abfahrt der Flotte kann jeden Augenblick stattfinden. Die Übernahme der Cabineleitung durch Cialdini würde als eine Rückkehr zu den Ansprüchen Frankreichs zu betrachten sein. Cialdini würde die Leitung der antirevolutionären Maßregeln in die Hand nehmen. Man glaubt, daß, wenn Cialdini die Cabineleitung übernimmt, in denselben Städten, welche die Revolutionssparte öfters in Weise zu Mittelpunkten ihrer Action gemacht hat, der Belagerungs Zustand erklärt werden wird. Ritter Nigra, welcher nicht nach Florenz abgereist ist, hat im Laufe des Vormittags darüber Anwendungen gegeben, daß den Reklamationen Frankreichs volle Genugthuung zu Theil werden werde. — "Etenbar" bestätigt die Annahme der Demission Rattazzis, hält aber die Frage noch für unentschieden, ob ein Ministerium aus der Linken oder ein Ministerium mit Cialdini an der Spitze gebildet werden solle.

Paris, 21. Oct. Der "Moniteur" meldet: Die Päpstlichen haben bei der Erfürkung von Nerola 140 Gefangene gemacht. Die neue Schlappe hat die Garibaldianer sehr entzweit; dieselben haben, wie bereits anderweitig gemeldet, am 19. d. Orte und Terracina geräumt. — Der König von Bayern, welcher den Winter in Italien zuzubringen gedacht, wird am 25. d. M. hier eintreffen und einige Tage verweilen. Der König wird während seines Aufenthaltes in Frankreich "Inognito" bewahren.

Florenz, 20. Oct., Abds. In der Stadt herrscht große Bewegung. — Nach einem Gerüchte wäre Garibaldi auf dem Kontinent eingetroffen.

Paris, 21. Oct. Heute Morgen hat ein Ministerconseil und eine Sitzung des geheimen Raths zu St. Cloud stattgefunden. — Auf dem Boulevard wurde die Reute zu 66, 95 bei sehr beunruhigter Stimmung gehandelt.

Wien, 21. Oct. Die Abreise des Kaisers nach Paris

ist heute Vormittag erfolgt. Vor der Reise spendete der Kaiser 4000 Gulden an die Armen Wiens. Die Erzherzöge Ludwig Victor und Karl Ludwig begleiten den Kaiser nach Paris.

Riga, 21. Oct. Die "Rigaer Zeitung" meldet an der Spitze ihres Blattes, daß es ihr untersagt sei, fortan sich mit der altfranzösischen Presse in eine Polemik betreffend die Verhältnisse der Ostseeprovinzen einzulassen.

Frankfurt a. M., 21. Oct., Abends. Effecten-Societät. Günstige Stimmung; lebhaftes Geschäft. National-Anleihe 51  $\frac{1}{2}$ , Credit-Actien 164, 1860er Böse 65  $\frac{1}{2}$ , Steuerfreie Anleihe 45  $\frac{1}{2}$ , Staatsbahn 22  $\frac{1}{2}$ , Amerikaner 73  $\frac{1}{2}$ .

Frankfurt a. M., 21. Oct., Nachm. 1 Uhr. Stille. Amerikaner 73  $\frac{1}{2}$ , Credit-Actien 161  $\frac{1}{2}$ –161  $\frac{1}{2}$ , Steuerfreie Anleihe 45, 1860er Böse 65, Staatsbahn 218  $\frac{1}{2}$ .

Wien, 21. Oct. Abendstunde. Stille. Credit-Actien 173, 00, Nordbahn 170, 20, 1860er Böse 80, 90, 1864er Böse 73, 50, Staatsbahn 231, 90, Galizier 207, 75, Napoleonbör 10, 00  $\frac{1}{2}$ .

Paris, 21. Octbr., Mitt. 12  $\frac{1}{2}$  Uhr. Pflichtliche Haiffe. 3 % Rente 67, 85, Italienische Rente 45, 25, Lombarden 357, 50.

## Norddeutscher Reichstag.

### 25. Sitzung am 21. October.

Der Schiffsvertrag mit Italien wird eingebracht und soll durch Schlussberatung erledigt werden. Darauf wird das Postgesetz mit allen Stimmen gegen die des Abg. Försterling angenommen. Vorher erklärte Minister v. Griesen, daß der Bundesrat zwar noch der Meinung, daß es nicht zweitmäßig sei, eine Bestimmung über das Briefgeheimnis in das Postgesetz aufzunehmen, daß er aber, nachdem das hohe Haus es gethan, kein Bedenken trage, dem Gesetz gleichwohl die Zustimmung zu geben. (Leb. Beifall.) Die Resolution des Abg. Dr. Harnier dagegen, bei der die Briefbestellung an Sonn- und Festtagen, welche in der letzten Sitzung gleichfalls angenommen war, wird heute mit 101 gegen 91 Stimmen abgelehnt (gegen sie stimmten u. A. Liebknecht, Schaps, Försterling, Beckel, v. Binde (Mörs), Simson; dafür u. A. die Abg. Dr. Reinke, v. Moisach). ■

Es folgt der Bericht über das Freizügigkeitsgesetz. § 1 lautet nach den Vorschlägen der Commission, die mehrere wesentliche Änderungen beschlossen:

Jeder Bundesangehörige hat das Recht, innerhalb des Bundesgebietes 1) an jedem Orte sich aufzuhalten und niederzulassen, wo er eine eigne Wohnung oder ein Unterkommen sich zu verschaffen im Stande ist; 2) an jedem Orte Grundehrentum aller Art zu erwerben; 3) umherziehend oder an dem Orte des Aufenthaltes, beziehungsweise der Niederlassung Gewerbe aller Art zu betreiben, unter den für Einheimische geltenden gesetzlichen Bestimmungen.

Al. 2. In der Ausübung dieser Befugnisse darf der Bundesangehörige, soweit nicht das gegenwärtige Gesetz Ausnahmen zuläßt, weder durch die Obrigkeit seiner Heimat, noch durch die Obrigkeit des Ortes, in welchem er sich aufzuhalten oder niederlassen will, gehindert, oder durch lästige Bedingungen beschränkt werden.

Al. 3. Insbesondere darf keinem Bundesangehörigen um des Glaubensbekenntnisses willen, oder wegen fehlender Landes- oder Gemeindeangehörigkeit, die Niederlassung, der Geschäftsbetrieb oder der Erwerb von Grundehrentum verweigert werden."

Ein Amendement des Abg. v. Luck beantragt dem § 1 hinzuzufügen, daß ein besonderes, von andern einschränkenden Bedingungen abhängiges Recht zum Wohnsitz nicht mehr statthalten soll.

Dr. Löwe und Wigard beantragen § 1 die bereits mitgeteilten Busse hinzuzufügen, welche volle Gewerbefreiheit gewähren und die Gesellen- und Meisterprüfungen abschaffen.

Die Commission hat hinter § 1 folgenden § 2 als neu eingefügt: § 2. Wer die aus der Bundesangehörigkeit folgenden Befugnisse in Anspruch nimmt, hat auf Verlangen den Nachweis seiner Bundesangehörigkeit und, soferne er unselbstständig ist, den Nachweis der Genehmigung dessenigen, unter dessen (väterlichen, vormundschaftlichen oder ehelichen) Gewalt er steht, zu erbringen.

Dem § 4 hat die Commission zugesetzt: Die Besorgniß vor künftiger Verartung berechtigt den Gemeindevorstand nicht zur Bürkligung (des neu Anziehenden).

§ 12 des Commissions-Antrages lautet: Die polizeiliche Ausweisung Bundesangehöriger aus dem Orte ihres Bauernhofes oder vorübergehenden Aufenthaltes in anderen, als in den durch dieses Gesetz vorgesehenen Fällen ist unzulässig. Im Übrigen werden die Bestimmungen über die Fremdenpolizei durch dieses Gesetz nicht berührt.

Abg. Blank beantragt, dem Bundeskanzler aufzufordern, dem Reichstage in seiner nächsten Sitzungsperiode ein Gesetz über das Heimathrecht vorzulegen. — Miquel beantragt, hinter "Heimathrecht" hinzuzufügen: „und die Verpflichtung der Gemeinden zur Unterstützung resp. Verpflegung Nicht-Einheimischer.“

Brä. Delbrück gibt bei Eröffnung der General-Diskussion die Erklärung ab, daß die Regierungen sich leider vorläufig hätten mit diesem Gesetz begnügen und die weitere Fortentwicklung der Bullestimme der Bundesrat zu. Einige seien entschiedene Verbesserungen der Vorlage. In § 1 Al. 1 hat die Commission vorgeschlagen, daß jeder Bundesangehörige das Recht hat, sich nicht nur an jedem Orte innerhalb des Bundesgebietes aufzuhalten, sondern auch "niederzulassen." Ein Bedenken hiergegen liegt nicht ob, mit der Vorausezung, daß diese Terminologie auch durch das ganze Gesetz durchgeführt werde, und namentlich auch in Al. 1 des § 10, wo ausgeführt wird, daß der durch dies Gesetz gefestigte "Aufenthalt" die Theilnahme an den Gemeindenzugungen und der Armenpflege nicht begründe, hinter dem Worte "Aufenthalt" eingefüllt werde, "oder die Niederlassung." (Redner erklärt sich gegen die Amendements v. Luck's und gegen das 3. Al. des § 1, das von der Commission zugesetzt ist, weil dieser Zusatz nur einige und nicht alle Consequenzen ziehe. Es sei kein Zweifel darüber, daß durch den § 1 alle Beschränkungen beseitigt sind, die aus der Verschieden-

heit des religiösen Bekenntnisses nach einzelnen Landesgesetzbungen noch bestehen. Das Amendement des Abg. v. Luck zu § 5, das die in den alten preuß. Provinzen über die Erwerbung des Heimathrechtes bestehenden Bestimmungen allgemein durchgeführt haben will, macht einen tiefen Riß in die Gesetzgebung der neuen Provinzen und der übrigen Bundesstaaten. Die Verhältnisse sind aber jetzt noch nicht reif dazu. (Ebenso erklärt sich Redner gegen mehrere andere Amendements, insbesondere gegen das des Abg. Löwe zu § 1, welches die volle Gewerbefreiheit einführen will, das in Verbindung steht mit der von der Commission beantragten Resolution: den Bundeskanzler aufzufordern, im nächsten Reichstag eine auf dem Prinzip der Gewerbefreiheit gegründete Gewerbeordnung vorzulegen.) Der Bundesrat habe die Frage reiflich erwogen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das vorliegende Gesetz erst seinen vollen Werth erhält, wenn durch Änderungen der Gewerbegezegung die volle gewerbliche Freizügigkeit hergestellt ist; bei den Regierungen herrsche auch darüber kein Zweifel, daß es im höchsten Grade wünschenswerth sei, daß dies sobald als möglich geschehe. Der Bundesrat ist aber zu der Überzeugung gekommen, daß es nicht thunlich sei, gegenwärtig so einschneidende Bestimmungen anzunehmen, wie sie das Amendement vorschlägt. — Über die Frage, auf welchem Wege die gewerbliche Freizügigkeit herzustellen sei, ob auf dem Wege der Territorialgezegung der einzelnen Bundesstaaten, oder durch die Bundesgezegung, herrschten Ansichten verschieden; schließlich kam man jedoch zu der Überzeugung, daß gegenüber dem bringenden Bedürfnis und mit Rücksicht auf den großen Werth, die den Reichstag auf die baldige und übereinstimmende Regelung dieser Frage gelegt hat, der Weg der Bundesgezegung vorzuziehen sei. (Beifall.) Es ist dabei aber zweierlei zu unterscheiden. In einem Theile der Bundesstaaten existiren Beschränkungen des Gewerbebetriebes, die auf Privatrechtsstiteln basiren. Die Regulirung dieser Sache kann nicht gut Gegenstand der Bundesgezegung sein, zumal die etwaigen Entschädigungen der Berechtigten nicht aus Bundesfonds, sondern aus den einzelnen Landessonds zu bestreiten sein werden. Dieser Theil muß also für die Territorialgezegung vorbehalten bleiben. Da gegen ist es zulässig, daß die Beschränkungen der Gewerbegezegung, die auf staatsrechtlichen Titeln basiren, durch die Bundesgezegung aufgehoben werden, was hoffentlich recht bald geschehen wird. — Was die Resolution betrifft, so bemerke ich hierzu, daß der Bundeskanzler beim Bundesrat beantragt hat, ihn zu ermächtigen, der nächsten Session des Reichstages eine auf dem Prinzip der Gewerbefreiheit basierende Gewerbeordnung vorzulegen. (Lebhafte Beifall.)

Vom Abg. v. Bethmann-Hollweg ist ein Amendement eingegangen, wonach das vorliegende Gesetz erst am 1. Januar 1868 in Kraft treten solle. — Präf. Delbrück empfiehlt die Annahme derselben, da das Gesetz manifsche Änderungen bedinge, die eine kleine Zwischenzeit zur Regelung der dadurch berührten Verhältnisse wünschenswert mache.

Abg. Dr. Leistner: Ich vermitte in dem Gesetz die gewerbliche Freizügigkeit. Erst durch diese ist eine freie Entwicklung der Kräfte und der Industrie möglich, dies lehrt das Beispiel Englands, Belgien, Amerikas, während die deutschen Städte nur durch die Beschränkung der Freizügigkeit der dadurch berührten Verhältnisse wünschenswert mache.

Abg. Dr. Löwe: Ich vermitte in dem Gesetz die gewerbliche Freizügigkeit. Erst durch diese ist eine freie Entwicklung der Kräfte und der Industrie möglich, dies lehrt das Beispiel Englands, Belgien, Amerikas, während die deutschen Städte nur durch die Beschränkung der Freizügigkeit enthalten. Es seien in ihr wesentliche Vorsätze für die arbeitenden Klassen. Die Bestimmung, daß zur Niederlassung nicht mehr die Gemeindeangehörigkeit erforderlich sein soll, hat zwar manches Bedenkliche, weil hierdurch die Klasse der eignen Bürger immer mehr zusammenstehen wird, doch rügt auch dieses Bedenken gegen das Prinzip der Freizügigkeit zurück. Redner erklärt sich also dann gegen die Amendements und namentlich gegen das Löwe's. Die Aufhebung der Meisterprüfungen würde in ihrer Durchführung doch jedenfalls Ausnahmen, z. B. für Bauhandwerker, erfordern, und wenn endlich für die ärztliche Praxis eine spezielle Freizügigkeit verlangt wird, so könnten Thierärzte und Hebammen mit demselben Rechte dasselbe fordern. Durch solche Anträge wird die Gesetzgebung nur lächerhaft, man könne bis zu der nächsten Session warten.

Abg. Dr. Wigard: Die Freiheit der Bewegung ist in dem Gesetz ausgesprochen, doch enthält auch hierin § 2 Beschränkungen für bestraft Personen, ohne daß ein Unterschied gemacht wäre zwischen Polizei- und Criminalstrafen, zwischen politischen und entehrenden Bestrafungen wie er selbst in unserm Wahlgesetz aufrecht erhalten wird, und doch verfährt man gegen jeden Bagauden schöner als gegen einen politisch Bestraften. Die Bedenken, daß mit dem Wegfall der Bedingung der Ortsangehörigkeit für die Erwerbung von Grundehrentum die Zahl der Bürger sich verringern werde, finden ihre Widerlegung darin, daß man durch Aufhebung der Beschr

kratischer Gestaltung anwendet, gegen die man mit Ausweisung nicht vorgehen kann; man hat für diese Maßregel den schönen Kunstausdruck „fistiren“ erfunden, und dieses „Fistiren“ ebenfalls zu befeitigen beabsichtigt mein Amendment.

Abg. Miquel: Die Frage über die Gewerbebefreiheit gehörte nicht in dies Gesetz. Die Künste hätten sich allerdings überlebt; aber die Frage, in wie weit die Meisterprüfungen aufzuheben sei noch Controvers. Die Grenzen zwischen Handwerk und Fabrikat, Kunst und Wissenschaft laufen so vielfach in einander, daß die Annahme der Löwischen Amendenments in den einzelnen Staaten zu den verschiedensten Auslegungen führen werde. Die Frage nach der Aufhebung der Meisterprüfungen kann nicht so beiläufig entschieden werden, das kann erst geschehen, wenn man das von sämmtlichen Bundesstaaten zu liefernde Material vor sich hat. Das schlimmste ist Unklarheit über die bestehenden Gesetze, die Erklärung des Hrn. Bundescommissarius müsse auch den wärmsten Freund der Gewerbebefreiheit beruhigen und befriedigen. Man kann nur sagen, das Gesetz ist unbrauchbar, weil es keine Bestimmungen über das Heimathrecht und über die Verpflichtung der Gemeinden zur Unterstützung nicht Einheimischer enthält. Ich glaube allerdings, daß das Gesetz, für sich allein kein einziges Jahr bestehen kann, und zwar wegen der heillosen Consequenzen, die namentlich in Bezug auf das Heimathrecht und die Unterstützungsverpflichtung der Gemeinden durch dies Gesetz entstehen. Ich halte dadurch bedingt die Conservirung eines gesunden Gemeindelebens, einer gesunden Selbstverwaltung in Gemeinde und Provinz, eine Rücksicht, die nicht bloß für unsere ganze deutsche Entwicklung entscheidend ist, sondern die für den Staat Preußen und für dessen künftige Entwicklung in specie entscheidend ist, indem ich überzeugt bin, daß eine absolute Nothwendigkeit für das Gedeihen und die Erweiterung des preußischen Staates vorliegt, die Geschäfte immer mehr von oben nach unten abwälzen, von der Staatsregierung auf die Provinz, von der Provinz auf Kreis und Gemeinde. Es ist daher unsere Aufgabe, kein Gesetz durchzulassen, das die Feste involviert, in dieser Richtung hinderlich zu wirken. Nach diesem Gesetz jedoch kann sich ein jeder niederlassen, aufhalten, Gewerbe treiben, wo er will, ohne der betr. Gemeinde anzugehören. Es kann dies dazu führen, daß der größte Theil der sich Niederlassenden sich um das Gemeindeleben nicht kümmern wird. Die preuß. Städteordnung hat allerdings die Bestimmung, daß auf einen Jeden, der sich irgendwo niederläßt, nach einer bestimmten Zeit alle Lasten und Rechte eines Gemeindebürgers übergehen. Ich glaube aber, mit Erlaß dieses Gesetzes wird jene Bestimmung außer Kraft gesetzt; jedenfalls ist mir die Sache zweifelhaft. (Abg. Lasler macht verneinende Bewegungen.) Hr. Lasler wird Gelegenheit haben, mich zu widerlegen; einfache Verneinungen beweisen belästlich nichts. In weit größerem Maße tauchen aber Zweifel auf bei der Frage, wie weit sind die Gemeinden verpflichtet, Auswärtige zu unterstützen? Auch in dieser Beziehung liegt eine vollständige Anarchie. Die Bewohner der neuen preuß. Provinzen stehen zu denen der alten — da für sie der Gothaer Beitrag nicht mehr in Betracht kommt — in dieser Beziehung in demselben Verhältnis, wie Franzosen zu Deutschen. Es kommen Fälle vor, daß die Gemeinden zwar Erfas zu fordern, aber nicht Erfas zu leisten berechtigt und verpflichtet sind. Diese Unzuträglichkeiten müssen sich jetzt verwischen und verstreichen. Es ist mir außer Zweifel, daß die Freizügigkeit innerhalb des Bundes kein Jahr bestehen kann, ohne die allergrößte Verwirrung herbeizuführen, wenn man nicht ein allgemeines Gesetz giebt, betr. die Verpflichtung der Gemeinden zur Unterstützung nicht Einheimischer.

Präf. Delbrück: Es bedarf kaum der Verstärkung, daß es den Regierungen sehr ferne gelegen hat, durch das Gesetz die Grundlagen des Gemeindelebens erschüttern zu wollen. Ich glaube auch nicht, daß sich die vom Vorredner angeführten Consequenzen ergeben. Wo biehet zu der Befugnis, sich aufzuhalten oder niederzulassen, die vorgängige Erwerbung des Bürgerrechtes gehört, da tritt allerdings durch dies Gesetz eine Änderung ein. Wo aber aus der Niederlassung nach einer bestimmten Zeit die Verpflichtung folgt, Gemeindeangehöriger zu werden, da ändert dies Gesetz gar nichts. Es ist schwer zu zweifeln, daß es wünschenswert erscheint, die Gesetzgebung über die Verpflichtung, Gemeindeangehöriger zu werden, da, wo bisher diese Bestimmung nicht existiert, dahin zu ändern, daß die Erwerbung des Bürgerrechtes nicht mehr durch eine ausdrückliche Willenserklärung, sondern nach Verlauf einer bestimmten Zeit stillschweigend erfolgt. In dieser Beziehung hat die Territorialgesetzgebung vollständig freie Hand. Was den zweiten Punkt betrifft, so hat er darin Recht, daß in diesem Augenblick zwischen den neu erworbenen Provinzen und den älteren ein Zustand besteht, der auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten ist. Es ist auch entschieden die Absicht der preuß. Regierung, diesem Zustande im Wege der Territorialgesetzgebung abzuhelfen, der sich übrigens ganz unabhängig von diesem Gesetze herausgestellt hat. Ein Gesetz über das Heimathrecht kann ich für die nächste Session des Reichstags noch nicht zusagen, weil dasselbe große Schwierigkeiten hat. Über ein die Armenpflege betreffendes Gesetz kann ich im Augenblick nur meine persönliche Ansicht aussprechen. Ich zweifle nicht, daß sich das Bedürfnis ergeben wird, ein solches Gesetz für den Bund zu erlassen, und daß dann der Bundesrat diesem Bedürfnis durch eine Vorlage entsprechen wird.

Abg. Dr. Löwe: Der Hr. Abg. Miquel hätte sich weit eher gegen das Gesetz einschreiben lassen können, als ich. Ich kann mich nur freuen, daß die preuß. Regierung nicht das Vertrauen in den Hrn. Vorredner gesetzt hat, ihn bei der Ausordnung der neuen Verhältnisse zu Rathe zu ziehen, als sie den Erlaß gemacht, der die Gewerbebefreiheit faktisch in den neuen Provinzen eingeführt hat. Während ich mir erstaunt gesagt habe, also sobald der Absolutismus auch nur einmal auf eine kurze Zeit wiederhergestellt ist, sogleich erhebt er seine Flügel wieder zu einem mächtigen Flug und erinnert sich seiner schönsten Zeit, die er je gehabt, um die neuen Erwerbungen zu befestigen, hat der Abg. Miquel bei diesem Vorgang die größten Bedenken und beflagn ihn bitterlich. Er kommt uns mit einem neuen Gemeinderechte, gegen das gerade dieseljenigen sich ernstlich verwahren mühten, die eine gesunde Gemeindeorganisation wollen. Wir in den alten preuß. Provinzen haben schon lange eine gesunde Grundlage des Gemeindelebens verlangt, aber wir würden sehr bedenken, den Gemeinden dies exclusive Recht der Unterdrückung gegen den Einzelnen zu gewähren. Ich habe nie anerkannt, daß die Beschränktheit der Gemeindebehörden noch lange die Freizügigkeit illusorisch machen, noch lange in der Armgelsgesetzgebung die unglückseligsten Zustände schaffen wird, bis wir in den Verhältnissen unserer Zeit entsprechendes Armgelsgesetz haben werden. Aber dies wird gerade den Zweck

haben, die leibenden Klassen vor dieser Beschränktheit der Gemeindebehörden zu wahren, ihnen eine angemessene Pflege zu sichern. Wenn der Abg. Miquel sich für die Meisterprüfungen ereift, so wollen wir ihm und allen, die noch geprüft sein wollen, diese Freude lassen, wir wollen nur, daß die Prüfung kein Hinderniß des Gewerbetriebes werden soll. Der Hr. Präsident sympathisiert vollständig mit dem Gedanken der gewerblichen Freiheit, nur sei es augenblicklich nicht die Zeit und der Ort dazu. Ich traue seinen Neuerungen durchaus, aber ist er denn der Herr des Bundesrates? hat es denn dem alten seligen Bundestage an guten Anläufen und Vorsägen gefehlt, mit denen der Weg zur Höhle gepflastert ist? Die Herren von Mecklenburg waren ja damals die Heilsperne des Liberalismus im Bunde (Heiterkeit). Aber nach und nach saad sich der Widerstand Seitens einzelner Regierungen immer wieder ein. Sind wir denn sicher, daß das hier nicht der Fall sein wird? Darum geben wir heute selbstständig vor, fahren wir mit einem neuen Pfahl in das Fleisch dieser Gesetzgebung, welcher dahin wirken soll, daß die Sache nicht so bleibt, wie sie ist. — Redner befürwortet zum Schluß die Freizügigkeit der Aerzte im Bundesgebiete als einen Act der Danbarkeit gegen die Universitäten.

Red. Dr. Braun hält den Zusatz zu § 1 trotz der Einwendungen Delbrück aufrecht. Derselbe ist durchaus nicht überflüssig, da er alle Beschränkungen auch für die Einheimischen aufhebt. Es gibt noch ein Land, wo Staatsbürger israelitischen Glaubens kein Grundbesitz erwerben und in einzelnen Städten nicht einmal wohnen dürfen. Durch die vorhergehenden Bestimmungen sind diese Beschränkungen nicht aufgehoben. (Redner geht olsdau auf das Amendment Löwe ein, erklärt, daß er für dasselbe stimmen werde, ist aber der Meinung, daß das Gesetz ohne dasselbe ebenso wichtige Reformen bietet. Die Commission habe Anfangs ebenfalls die Gewerbebefreiheit in die Bestimmungen aufzunehmen wollen, sei aber auf Schwierigkeiten gestoßen. Die Erklärung des Hrn. Präsidenten Delbrück, daß das Gewerbegebot in der nächsten Sesslon vorgelegt werden solle, sei befriedigend. Er fährt fort: Die Künste mögen ruhig bestehen bleiben, wie in England, aber sie sollen nicht das Recht haben,emandem eine bestimmte Arbeit zu verbieten; denn weder der Staat, noch die Gemeinde, noch die Kunst hat das Recht,emandem das Recht freiwillig zu machen, zu leben und zu arbeiten. Wenn nun von einem Vorredner gesagt wird, daß man in Betreff der Aufhebung des Prüfungszwanges die Bauhandwerker aufnehmen müsse, so sehe ich dafür keinen Grund ein; die Erfahrung spricht auch nicht dafür; hier in Berlin sind die Bauhandwerker geprüft und doch fallen die Häuser ein; bei uns zu Hause besteht keine Prüfung, und solche Fälle kommen nicht vor. (Heiterkeit.) Die Prüfung allein macht es nicht. — Den Ausführungen des Abg. Miquel kann ich nicht beitreten; denn die Gemeinde ist um der Menschen willen da, und nicht der Mensch um der Gemeinde willen, und keine Gemeinde hat das Recht, ihre Befugnisse so weit auszudehnen, daß angeborene Menschenrechte dadurch verletzt werden. Die Freizügigkeit wird das beste Mittel gegen Armenhaus-Candidaten sein; In Frankreich herrscht vollständige Freizügigkeit, und nirgends ist eine drohende Überlastung von Armenunterstützungen bemerkbar.

Bei der Spezialdiscussion über § 1 erklärt sich Graf Schwerin gegen das Loewesche Amendment, weil die Frage noch mehr vorbereitet werden müsse. Das letzte Alineo des § 1 bittet er trotz der Ausführungen des Präf. Delbrück zu lassen. Abg. Salzmann empfiehlt den Antrag Poewe mit Rücksicht auf sein engeres Vaterland (Neubj.), um in die dort bestehende chinesische Planer der Gewerbebeschränkungen wenigstens ein kleines Loch zu stoßen. Abg. Michaelis hält es für unrichtig zu sagen: wir wollen die Freizügigkeit nicht, wenn wir nicht auch die Gewerbebefreiheit erhalten. Mit demselben Rechte könnte man noch eine Menge anderer Bestimmungen, man könnte für Apotheker, Rechtsanwälte und alle Juristen Gewerbebefreiheit verlangen. Wir haben ja dasselbe auch schon bei Gelegenheit des Coalitionsgegesetzes beschlossen. Das vorliegende Gesetz ist am sich ein großer Fortschritt, namentlich für die arbeitenden Klassen. — Bei der Abstimmung wird § 1 in folgender Fassung angenommen: Ab 1 und 2 unverändert, Al. 3 so gefaßt: Keinem Bundesangehörigen darf (Antrag Schleiden) um des Glaubensbekenntnisses willen oder wegen fehlender Landes- oder Gemeindeangehörigkeit der Aufenthalt (eingeschaltet durch d. Dokum.-Dolss) u. s. w. verweigert werden." — Alle sonstigen Amendmenten werden abgelehnt.

§ 2 wird genehmigt. Zu § 3 motiviert v. Kirchmann sein Amendment, welches die besondern Gesetze und Privilegien einzelner Ortschaften, die Aufenthalts-Beschränkungen gestalten, aufhebt. In Berlin existiert eine Bestimmung, welche die Befugnisse der Polizei, auszuweisen, über die gesetzlichen Grenzen erweitert. Diese Bestimmung würde nach dem vorliegenden Gesetz fortbestehen. Sie bedarf der Befestigung. Bundescommissar v. Puttkammer kennt diese Verordnung nicht und bittet, sie näher zu bezeichnen. v. Kirchmann: Sie liegt allerdings nicht vor, doch gilt sie als öffentliches Recht und stammt aus der Zeit des absoluten Staates, als der Beamte nur der Instruction bedurfte. v. Unruh: Als im J. 1842 bei Emanation des Niederlassungsgesetzes eine Anzahl Kriegsreservisten in Berlin zurückblieben, wünschte man sie zu entfernen und excommunicierte deshalb eine Cabinet-Ordre, welche die Polizei zur Entfernung von Kriegs-Reservisten und dergl. autorisierte. Ich habe sie selbst mit meinen Augen in den Acten des Polizei-Präsidiums gesehen. Graf Schwerin wird das aus seiner amtlichen Stellung bestätigen. Graf Schwerin: Der Antrag ist überflüssig nach der Erklärung des Bundescommissars, daß eine solche Verordnung mit gesetzlicher Kraft nicht besteht. Außerdem ist der Zweck durch § 12 erreicht. Biegler: Der Antrag sei nicht überflüssig. Eine besondere Bestimmung für Berlin datire schon aus dem Jahre 1812, und zwar als ein Privilegium, an dem andere Städte nicht leicht partizipieren sollten. Er selber sei in seiner Vaterstadt Brandenburg als Ausgewiesener nicht hineingelassen, er sei in Paris auf eine Anfrage beschieden worden, daß er Brandenburg mit der Eisenbahn passieren, sich aber dort nicht aufhalten dürfe. Solche Lächerlichkeiten müßten unmöglich werden, und alle Gesetzmacherei des Reichstages sei umsonst, wenn nicht der Executivebeamte vor den Richter gestellt und zur Entschädigung verurtheilt werden könne. (Beispiel.)

Lasler: Wenn Parlamentsmitglieder nach Schluss der Sitzung, Richter aus der Mitte ihres Amtes, ohne daß eine gesetzliche Vorschrift für das Verfahren zu finden ist, vom Polizeipräsidium ausgewiesen werden können, (hört!) dann kann man nicht deutlich genug sein, dann muß man jeden Schlußwinkel verstopfen und aufnahmeweise auch etwas Überflüssiges in ein Gesetz aufnehmen, damit die Regierung sich nicht allen Gesetzen zum Trotz auf eine geheime Vorschrift stützen könne.

§ 3 wird mit dem Amendment v. Kirchmann angenommen, die folgenden Paragraphen desgleichen unter Ablehnung sämtlicher Amendmenten. Zu § 12 erzählt Abg. Liebknecht die Geschichte seiner Ausweisung, Verhaftung und Verurtheilung in Berlin, ohne ihm „als Ausländer“ Gründe der Ausweisung anzugeben! Er appellirt von der ersten Instanz, die ihn verurteilte, nicht an die zweite, sondern an das Volk. Während der Haft sei ihm seine Frau gestorben: „Die mich aufwiesen, haben mein Glück vernichtet und ich bin nur einer von den Hunderten, denen dies alle Jahr passirt. Und dieselben, die mein Weib getötet haben, verächtigen jetzt meinen Charakter. (Redner verliest ein Schriftstück, das ihn als Parteigänger Österreichs hinstellt). Mein Amendment zu § 12 soll mich vor der Rückkehr in die Stadtvoigtei und ihre Greuel schützen, die selbst in Mecklenburg nicht vorkommen. Mehrere von uns haben sie erfahren. — Der Antrag Liebknecht, Bebel und Gen. will Ausweisungen nur auf Grund gerichtlicher Erkenntnisse zulassen, oder nach den Bestimmungen der Armenpflege. — Red. Braun: Gerade dem Bunde ist es zu verdanken, daß Deutsche nicht mehr als „Ausländer“ ausgewiesen werden können.

§ 12 wird ohne den Antrag angenommen, außerdem ein § 13 (von v. Bethmann-Hollweg beantragt): dies Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1866 in Kraft, die Resolutionen der Commission, Planck's, die leichter mit dem Zusatz Miquels. — Rächste Sitzung Dienstag.

BAC. Berlin, 21. Oct. [Die Verträge mit Süddeutschland.] Am nächsten Sonnabend, in der voraussichtlich letzten Sitzung, werden die neuen Bollvereinsverträge zur Berathung kommen. Da die Commission der württembergischen Kammer für dies Schutz- und Trutzbündnis mit Preußen mit 5 gegen 3 Stimmen beschlossen hat, diesen letztern die verfassungsmäßige Zustimmung zu verfagen, so bereiten die Abg. Braun und Michaelis folgenden Antrag vor: „die Bollvereinsverträge zu genehmigen, mit der Maßgabe, daß die Ratifikation nur gegenüber denjenigen süddeutschen Staaten geschieht, welche die rechtliche Verbindlichkeit der Schutz- und Trutzbündnisse vom August und September 1866 nicht in Frage stellen.“ Wenn die württembergische Kammer, dem Antrage ihrer Commission entsprechend, im Laufe dieser Woche das Gegenteil von dem thut, was in dem Schlusshafe des Antrages ausgesprochen ist, so dürfte wohl nicht daran zu zweifeln sein, daß unser Norddeutsche Reichstag diesen Antrag annimmt. (So eben vernehmen wir, daß von Seiten des Grafen Bismarck bereits Schritte in letzterm Sinne geschehen sind. Aus zweifelloser Quelle wird uns angekündigt, daß eine Note an die betr. Regierungen abgegangen ist, welche eine sofortige Kündigung der Bollverträge als unmittelbare Folge der etwa zu erwartenden Verwerfung der Schutzbündnisse hinstellt.)

[Dementi.] Die Andeutungen, daß zwischen Preußen und Russland Vereinbarungen über eine gemeinsame Stellung zur orientalischen Frage getroffen seien, sind nach der „Kreuzzeitung“ völlig grundlos.

[Tabaksteuer.] Die von den Provinzialbehörden betreffs der Tabaksteuer eingeforderten Gutachten sollen sich insgesamt gegen die Einführung einer Fabrikationssteuer ausgesprochen haben.

[Falsche Ein-Thalerstücke] vom Jahr 1866, welche ein markantes Präge des Königl. Bildniss zeigen und einen falschen Klang verrathen, sind im Umlauf; das Publikum wird zur Vorsicht ermahnt. (S. u. S. 3.)

[Ackerbauschulen.] Nach amtlichen Mittheilungen waren am Schlusse des vorigen Jahres in den alten preuß. Landesteilen 21 Ackerbauschulen vorhanden, welche von 323 Schülern besucht wurden und zu deren Unterhaltung der Staat einen Buschus von 21,774 R. jährlich gewährte. In den neuen Landen, und zwar in Hannover und Nassau, befinden sich fünf derartige Anstalten. Die hannoverschen weichen von den Ackerbauschulen in den ältern Provinzen namentlich darin ab, daß sie rein theoretische Bildungsanstalten sind, in welchen ein praktischer Betrieb der Landwirtschaft nicht statt findet und mit welchen, dem entsprechend, auch ein Pensionat der Schüler nicht verbunden ist.

Kiel, 2. Oct. [Der schleswig-holsteinische Wahlverein] ist durch Verfügung der Staatsanwaltschaft heute geschlossen worden.

Oesterreich. Wien. Der Kaiser von Oesterreich hat befohlen, daß jeder Mann der Landarmee wie der Kriegsmarine ohne Unterschied, in und außer dem Dienst, mit Sie anzusprechen ist. Der kaiserliche Befehl ist mit dem 18. October in Kraft getreten.

England. [Habeas corpus und die Fenier.] Die Regierung ist, wie die „Lith. Engl. Corr.“ meldet, genehmen, im Parlamente die zeitweilige Aufhebung der Habeas-Corpus-Akte in England, Schottland und Wales zu beantragen, für den Fall, daß bis zum November ernsthafte, weitgreifende Fenier-Unruhen stattfinden sollten. Vorerst begnügt sich die Regierung damit, nach allen Seiten Vorsichtsmaßregeln zu treffen.

Italien. Florenz, 16. Oct. [Unterstützung des Aufstandes. „Die römische Legion.“] Die Freiwilligen gehen fortwährend in großer Zahl nach der Tiber; zu Turin und zu Mailand organisiert man Bataillone. Es wurde hier in Florenz, wo alle römischen Emigranten sich vereinigt haben, eine Legion von 400 Mann gebildet, welche den Titel „Römische Legion“ annehmen wird. Commandirnder dieser Legion ist ein junger Mann, Major Ghirelli, welcher auf seinen Grap in der regulären Armee verzichtet hat. Diese Legion zählt in ihren Reihen junge Männer, deren Namen berühmt und wohlbekannt in Rom sind. Ich sage hinzu, daß dies alles sich am hellen Tage und unter den Augen der Regierung vollzieht, welche keine Gewalt mehr hat, es zu verhindern. Wenn Hr. Rattazzi Aufstand machen würde, sich der Vereinigung und dem Aufbrüche der Freiwilligen zu widersetzen, so würde es in allen Städten Italiens drohende Demonstrationen geben, welche leicht die ernsthaftesten Verwicklungen veranlassen könnten. Die Municipalitäten fahren fort, der Insurrection zu Hilfe zu kommen. (S. 3.)

Danzig, den 22. October. \* [Der Handwerkerverein] begann in seiner gesetzigen Versammlung die Berathung neuer Statuten. — Von den im Grablegen befindlichen Fragen wünscht die eine, der gegenwärtigen Gewerbslosigkeit und Theuerung wegen, eine Petition des Handwerkervereins an die diesigen städtischen Behörden um Aufschub der Einziehung der 3. Rate der Communalsteuer bis zum nächsten Jahre. Es könnte auf dieser 3. Rate noch deßhalb nicht eingegangen werden, weil die 3. Rate zum Theil bereits erhoben ist. — Eine andere Frage verlangt, daß der Verein die Direction der Ostbahn erneuert, mit den Erarbeiten für das 2. Gleis von Ostschau nach Bromberg sogleich beginnen zu lassen, um den Arbeitern eine Erwerbsquelle zu schaffen. Auch dies Verlangen mußte überdrückt bleiben, da man nicht glaubte, daß die Direction mit den betr. Arbeiten noch in dieser Jahreszeit würde anfangen lassen.

\* [Feuer.] Gestern Abend bald nach 9 Uhr entstand auf dem Grundstück Langgarten Nr. 101 und zwar in der Reiffschlägerbahn

des Hrn. Krohn auf eine ganz unerklärliche Weise Feuer. Es brannte die breitere Scheidewand des Nachbargrundstückes, ein nach dem Vorderhause führender Thorweg, sowie die Bedachung der Reisschlägerbahn und hätte bei der Menge von leicht brennbaren Stoffen, die in nächster Nähe lagen und den vielen hölzernen Baulichkeiten, welche die Brandstelle umgeben, leicht ein sehr erhebliches Unglück entstehen können, wenn das Feuer nicht in diesem ersten Stadium entdeckt, die Feuerwehr alarmirt und der Schnelligkeit dieser es gelungen wäre, die drohende Gefahr noch im Keime zu beseitigen.

\* [Götterei.] Bei der geflügelten Zeitung fiel ein Hauptgewinn von 15,000 Rg. auf No. 69,792 in die Collecte des Hrn. Lehmann in Halle a. S., ein zweiter von 10,000 Rg. auf No. 38,559 in die Collecte des Hrn. Schlimm in Königsberg.

\* [Berichtigung.] In der heutigen Morgennummer in der Einleitung zu dem Artikel "zu den Wahlen" muss es heißen: "wenig erfreulichen Bericht" statt "erfreulichen".

Dirschau, 21. Oct. [Musikalisch.] Der erste Schritt zu unseren musikalischen Abendunterhaltungen ist gethan und zwar mit bestem Erfolge. Jedenfalls mag der gute Zweck, daß die Einladung einer milden Stiftung zugeführt wird, viel dazu beigetragen haben. Die verschiedenen Piecen wurden mit lobenswerther Präzision ausgeführt und namentlich erwähnt sich eine junge Dame aus Danzig ungefehlten Beifall. Die Arrangements waren von Herrn Winter getroffen. Wiederholungen, deren Einnahmen für ähnliche Zwecke bestimmt würden, lassen jedenfalls ein besetztes Haus erwarten.

Marienburg, 20. Oct. [Gasbeleuchtung.] Verurtheilung der Tumultuanten. Consumverein. Roggenfaser.] Mit großer Erwartung sah unsere Bevölkerung der Eröffnung der Gasanstalt entgegen. Als daher endlich am Abend des 18. d. M. die Gaslaternen (77) zum ersten Male brannten, wogte eine große Menge bis zum späten Abend in den Straßen, und jede neu aufbrennende Flamme wurde mit lautem Jubel begrüßt. Wenn nur das Gas in derselben Güte, wie an den beiden ersten Abenden, geliefert wird, dann dürften die Bewohner nicht zu klagen haben. Die Zahl der Punktflammen ist eine nicht unbedeutende, und dürften sich dieselben im Laufe der Zeit bald wohl verdoppeln. — Im vergangenen Jahr verfübten bekanntlich bei der Mobilisierung eine große Menge Reserveisen in Gemeinschaft mit einzelnen Leuten aus der Stadt Excess gegen Personen und deren Eigentum, indem sie dieselben nicht bloß infiltrierte, schlugen z. Geld- und Lebensmittel durch Eindringen in die Häuser erprechen, sondern auch in zwei Häusern (Restaurationen) die inneren Einrichtungen demolirten und die vorhandenen Waaren durch die Fenster auf die Straße warfen und aufs mutwilligste vernichteten. Von diesen Tumultuanten, die bis jetzt im Untersuchungsgericht gefestigt hatten, standen 15 in der vergangenen Woche vor dem Schwurgericht zu Elbing, und wurden je nach der Größe ihrer Schuld zu 1 bis 8 Jahren Zuchthaus verurtheilt. Abgesehen von dem Schaden, den einzelne unserer Bewohner an jenem tumultuosen Tage erlitten, hat die Stadt selbst noch den pecuniären Schaden zu tragen, indem sie in erster Instanz verurtheilt ist, den damals beschädigten vollständigen Schadensfall zu leisten. Wäre Militair in der Stadt gewesen, hätte es nie zu solchen Austritten kommen können. — Zur Eindeutung der gegenwärtigen Not hat sich vor einiger Zeit ein Comité gebildet, das in seiner ersten Sitzung beschlossen hat, einen Consumverein und eine Suppenanstalt zu gründen. — Heute feierte die hiesige Boge die Einweihung des im vergangenen Jahre abgebrannten und jetzt in höchst geschmackvollem Stil neu gebauten Roggengebäudes, zu welcher Feier eine große Menge von Deputationen aus fast allen Städten der Provinz eingetroffen ist. (R. H. S.)

Markenwerder. [Modifizierter Ministerialbescheid.] Wenn die Aufstellung der Urwählerlisten hier noch den von dem Hrn. Minister des Innern neuerdings angeordneten Prinzipien erfolgt wäre, so würde es dahin gelommen sein, daß die Directoren und Räthe unserer höheren Behörden weniger Wahlrecht erhalten hätten, als ihre Secretaire. Als der Magistrat deshalb vorstellig wurde, erhielt er vom Minister des Innern umgehend telegraphisch den Bescheid, es mit der Veranlagung der Listen einzustellen beim Alten zu lassen. (G.)

Thorn, 21. Octbr. [Sur Abgeordnetenwahl. Erweiterung der Festung.] Die bevorstehenden Wahlen haben wieder Leben in die politischen Kreise des Wahlkreises gebracht. Ende voriger Woche hatte zu Culmsee eine Versammlung von Vertrauensmännern der Liberalen statt, und für nächsten Mittwoch ist hier eine Versammlung von Urwählern aus Stadt und Kreis Thorn anberaumt. Die zeitige Wahl macht größere Schwierigkeiten als die früheren. Die liberalen Fraktionen wollen Abgeordnete ihrer Farbe, welche auch in diesem Kreise angesessen sind. Von den bisherigen Vertretern des Kreises hat Hr. Kreisrichter Chomse seine Wiederwahl entschieden abgelehnt, und Hr. G. Weese erklärt, daß er sich der Partei nur für den Fall zur Disposition stelle, wenn kein anderer Kandidat ein Mandat annehmen sollte. Nun fehlt es dem Wahlkreise an Capacitäten nicht, welche gewählt werden könnten, allein dieselben sind theils geschäftlich, theils amtlich verhindert, ein Mandat anzunehmen. Als Kandidaten höre ich bezeichnen die H. Rittergutsbesitzer v. Loga-Wychorze (Kreis Culm) und Gutsbesitzer Elsner-Papau (Kreis Thorn), event. Hr. G. Weese. — Was ich über die Erweiterung der hiesigen Festung zum Waffenplatz erster Ordnung von zuverlässiger Seite höre, geht dahin, daß drei Forts auf dem jenseitigen (linken) und mindestens 5, wenn nicht 7 Forts auf dem diesseitigen (rechten) Weichselufer nach vorläufiger Bestimmung erbaut werden sollen. Durch diesen Plan wird die Möglichkeit gegeben, daß diesseits wie jenseits 30,000 Mann plaziert werden können. Abgesehen von dem Erwerb, den diese Bauten der hiesigen Bevölkerung in Ansicht stellen, wird die Stadt auch dadurch gewinnen, daß mit Rücksicht auf jede Erweiterung Theile der zeitigen Befestigung, z. B. von der die Stadt umgebenden Festungsmauer, beseitigt und Gräben zugeschüttet werden und das hierdurch gewonnene

Terrain zur Anlage von Gebäuden angewiesen werden soll. — Die bisherigen Vorhungen im Weichselbett haben schon in einer mäßigen Tiefe einen festen Lehmboden nachgewiesen, welcher sich vorzüglich zum Baugrund für die feste Brücke eignet. —

#### Telegraphische Depeschen der Danziger Zeitung.

Angelommen 22. October, 5 Uhr Abends.

Baden, 22. Octbr. Heute Vormittag fand auf der Station Dos die Begegnung des Königs von Preußen und des Kaisers von Österreich statt; sie war von beiden Seiten eine sehr freundliche und herzliche.

Berlin, 22. Oct. Der Reichstag hat heute das Freiheitsgesetz, die Marineanleihe und die Militairconventionen angenommen.

#### Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 22. Octbr. Aufgegeben 2 Uhr 25 Min.

Angelommen in Danzig 4 Uhr 30 Min.

Letzter Ges. 77 77 77 77

Roggens höher,	72½	71½	Ostpr. 8½% Pfandbr.	77
Regulierungspreis .	72½	71½	Westpr. 8½% do.	75½
Sept.-Octbr. .	73	71½	do. 4% do.	83
Frühjahr .	68½	68½	Lombarden .	95
Rübbel Octbr. .	11½	11½	Destr. National-Anl.	52½
Spiritus Octbr. .	20	19½	Russ. Banknoten .	84
5% Pr. Anleihe .	102½	102½	Danzig. Priv.-B.-Akt.	111
4½% do. .	97	97½	6% Amerikaner .	75½
Staatschuldsch. .	83½	83½	Wechselkours London .	6,23½

Hamburg, 21. Octbr. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loco schwer verläuflich, auf Termine rapide weichend. Weizen vor Detbr. 5400 Pfund 169 Bancothaler Br., 168 Gd., vor Oct.-Nov. 164 Br. und Gd. Roggen vor Oct. 5000 Pfund 125 Br., 124 Gd., vor Oct.-Nov. 123 Br., 122 Gd. Hafer ruhig. Spiritus matt, zu 31 angeboten. Rübbel still, loco 24½, vor Detbr. 24½, vor Mai 25%. Kaffee rubig. Zink fest, aber geschäftlos.

Amsterdam, 21. Octbr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.)

Getreide flau. Roggen vor Detbr. 285, vor März 292, vor Mai 287. Raps vor Detbr. 74½. Rübbel vor Detbr. 39½, vor Mai 41½.

London, 21. Octbr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Zufahren seit vergangenem Montag: Weizen 22,119, Gerste 12,181, Hafer 35,709 Otrr. Englischer Weizen 3½, fremder 2, Ladungen 3, ordinaire Sorten 5 niedriger. Hafer 1s billiger. Geutes Wetter.

London, 21. Octbr. Consols 93½, 1% Spanier 50½. Italienische 5% Rente 45½. Lombarden 14½. Mexikaner 15, 5% Russen 85. Neue Russen 87½. Silber 60½. Türkische Anleihe de 1865 31½. 6% Ver. St. vor 1882 69½.

Liverpool, 21. Octbr. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 15,000 Ballen Umsatz. Guter Markt. New-Orleans 9, Georgia 8½, fair Dholera 6½, middling fair Dholera 6½, good middling Dholera 6, Bengal 5½, good fair Bengal 6, New fair Domra 6½, good fair Domra 6½, Pernam 9, Smyrna 6½.

Paris, 21. Octbr. Rübbel vor Detbr. 98, 75, vor Novbr.-Decbr. 98, 75, vor Jan.-April 98, 75. Mehl vor Detbr. 87, 25, vor Nov.-Decbr. 85, 75. Spiritus vor Detbr. 67, 00.

Paris, 21. Octbr. (Schlußcourse.) 3% Rente 67, 85 — 68, 25 — 68, 12½. Italienische 5% Rente 45, 60. 3% Spanier — 1% Spanier —. Oesterl. Staats-Eisenbahn-Aktionen 478, 75. Credit-Mobilier-Aktionen 186, 25. Lombardische Eisenbahn-Aktionen 358, 75. Oesterreichische Anleihe de 1865 326, 25 p. opt. 6% Verein-St. vor 1882 (ungestempelt) 78. — Gest auf die Gerüchte, die Demission Rattazzi sei angenommen. Gladini sei mit der Bildung des Cabinets beauftragt, und die französische Expedition werde nicht abgehen. Consols von Mittags 1 Uhr waren 93½ gemeldet.

Antwerpen, 21. Oct. Petroleum-Markt. (Schlußbericht.) Steigend. Raffin. Type weiß, loco 54, vor Detbr. 53, vor Nov.-Decr. 54 Ges.

#### Danziger Börse.

Amtliche Notirungen am 22. Octbr. 1867.

Weizen vor 5100 fl. 8, 610 — 845.

Roggens vor 4910 fl. alter 115½ fl. 511 mit Geruch, frischer 115 — 119½ fl. 520 — 531.

Erbzen vor 5400 fl. weiße fl. 510, grüne fl. 498.

Rübbel vor 4320 fl. Winter. fl. 576 — 592½.

Spiritus vor 8000 fl. Tr. 24 fl.

#### Die Auktionen der Kaufmannschaft.

Danzig, den 22. October. Bahnpreise.

Weizen 113/15 — 117/18 — 122/24 — 126/27/28 — 130/32% von 95/100/105 — 110/115 — 117½/120 — 122½/125/130 — 132½/135/137 fl. vor 85 fl.

Roggens 116 — 118 — 120% von 87 — 88 — 89 — 90 fl. vor 81½ fl.

Gerste, kleine 103/105/6% von 65/66 — 67/68 fl. vor 72 fl. do. große 109/110 — 116% von 68 — 72 fl. vor 72 fl.

Erbzen 80 — 85/86½ fl. vor 90 fl.

Spiritus ohne Befuhr.

Getreide-Börse. Wetter: schön. Wind: SW. — Heute sind 120 Last Weizen gehandelt, darunter 80 Last keine alte Ware, für welche sich bei dem heruntergegangenen Preisverhältniß ein Käufer fand; derselbe zahlte für bunt 128, 128/9, 131½ fl. 800, 129/30 fl. hochbunt fl. 815, für weiß 127/8, 128½ fl. 845 vor 5100 fl. Außerdem fehlte es an Kauflust wenigstens zu gestrigen Preisen, man beanspruchte eine weitere Erniedrigung. Namentlich aber sind die ordinären Gattungen selbst bedeutend billiger schwer zu verkaufen. Bezahl ist für bunt 115/6 fl. 610, 129 fl. 770, hellbunt 125 fl. 770, 128/9 fl. 765, 130 fl. 780, hochbunt 128, 129/30 fl. 795 vor 5100 fl. — Roggen ziemlich unverändert. 115 fl. 520, 116 fl. 522, 118 fl. 528 vor 4910 fl. Umsatz 60 Last. — Weiße Röhrerbzen fl. 510, Futter: fl. 470 vor 5400 fl. — Spiritus ohne Befuhr.

\* Angelommen vor Bahn in den Monaten Juli

Dividende vor 1866.

Nordb. Friedr. Wilh. 4½ 4 94½ fl.

Oberschl. Litt. A. u. C. 12 3½ 193½ fl.

Litt. B. 12 3½ 164 fl.

Oesterl. Frz.-Staatsb. 7 5 125-3½ fl. fl. u. B.

Rheinl.-Tarnowitz do. St. Prior. 6½ 4 114 fl.

Rheinl.-Nahebahn 0 4 25½ fl.

Russ. Eisenbahn 5 5 75½ fl.

Stargardt.-Polen 4½ 4½ 93½ fl.

Südosterr. Bahnen 7½ 5 91½-92½-91½ fl.

Thüringer 7½ 4 126½ fl.

Brem. Stadt.-Obl. 5 101½ fl.

do. do. 4½ 86½ fl.

Kur. u. R. Pfdb. 3½ 3½ 75½ fl.

Pommersche 4 86½ fl.

Preußische 4 89½ fl.

Schlesische 4 91½ fl.

Freiburg. Anh. 4 97½ fl.

Stettin. Anh. 4 97½ fl.

Groß-Lübeck. Anh. 4 97½ fl.

Posen 4 97½ fl.

Wrocław. Anh. 4 97½ fl.

